

Sieben Fragen an Joachim R. Frick

„Höhere Hartz-IV-Sätze lindern Symptome, ändern aber kaum die Armutsursachen“



Herr Dr. Frick, Sie haben das Armutsrisiko in Deutschland untersucht. Wer gilt in einem reichen Land wie Deutschland eigentlich als arm?

Nach einer Vorgabe der Europäischen Kommission gilt derjenige als arm, der weniger als 60 Prozent des sogenannten Medianeinkommens in dem jeweiligen Land zur Verfügung hat. Nach den aktuellsten Daten aus dem Einkommensjahr 2008 gelten etwa 14 Prozent der Bevölkerung als arm. Das entspricht etwa 11,5 Millionen Menschen.

Hat die Zahl der armen Menschen in Deutschland zu- oder abgenommen?

In den letzten zehn Jahren sehen wir einen signifikanten Anstieg des Einkommensarmutsrisikos von etwa zehn auf rund 14 Prozent. Es gab leichte Schwankungen, aber der Trend ist eindeutig.

Wo liegen dafür die Gründe?

Der Hauptgrund ist sicherlich die Arbeitslosigkeit. Gleichwohl sehen wir in den letzten Jahren auch für Personen mit Erwerbstätigkeit ein zunehmendes Armutsrisiko. Das hat wohl auch mit der Ausbildung des Niedriglohnsektors und der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse zu tun.

Welche Gruppen sind besonders gefährdet, die Armutsgrenze zu unterschreiten?

Gefährdet sind junge Erwachsene, vor allem wenn sie alleine leben, sowie Haushalte mit Kindern, insbesondere wenn es drei und mehr Kinder sind. Auch Alleinerziehende sind stark vom Armutsrisiko betroffen. Bei Rentnern ist Armut aktuell kein großes Problem. Unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse wird jedoch Altersarmut in Zukunft vor allem in Ostdeutschland wieder eine größere Rolle spielen.

Welche Unterschiede bestehen zwischen West- und Ostdeutschland?

In Ostdeutschland ist das Einkommensarmutsrisiko nach wie vor deutlich stärker ausgeprägt

als im Westen. Im Osten sind es circa 19 Prozent, im Westen circa 13 Prozent der Bevölkerung, die unter der Armutsschwelle liegen. Die Gründe hierfür sind hauptsächlich im Arbeitsmarkt zu sehen. Die höheren Arbeitsmarktrisiken in Ostdeutschland sind markant: Die Chancen alternative Einkommensquellen zur Deckung des Lebensbedarfs heranzuziehen sind im Osten viel geringer.

Leidtragende in armen Familien sind insbesondere Kinder. Jetzt sollen die Hartz-IV-Sätze angepasst werden. Wird das die Situation verbessern?

Wenn ich Personen in Einkommensarmut mehr Einkommen gebe, senkt das das Einkommensarmutsrisiko definitionsgemäß. Gleichwohl ist das nur eine Symptombekämpfung und keine echte Lösung. Wir denken, dass Investitionen in Kinderbetreuungseinrichtungen und in die Verbesserung der Erwerbschancen für alleinerziehende Mütter, sicherlich mehr nutzen würden.

Bringt es überhaupt etwas, mehr Geld in die sozialen Sicherungssysteme zu pumpen?

Im Vergleich zum Gießkannenprinzip, nach dem man zum Beispiel jedem 20 Euro mehr Kindergeld gibt, haben wir in den letzten Jahrzehnten beobachtet, wie die Politik zielgruppenorientierter und damit wirkungsvoller vorgehen kann. Kurz nach der Einführung der Pflegeversicherung etwa ist das Armutsrisiko in Haushalten mit pflegebedürftigen Personen gesunken. Wir sahen kurz nach Einführung des Elterngeldes eine gewisse Entlastung von Eltern mit kleinen Kindern, und wir sahen auch einen deutlichen Rückgang des Einkommensarmutsrisikos von Personen, die von Kinderbetreuungseinrichtungen profitieren konnten. Insofern sind Transferleistungen wirkungsvoller, wenn sie zielgerichtet und nicht breit gestreut sind.

PD Dr. Joachim R. Frick,
stellvertretender
Leiter der Abteilung
Längsschnittstudie Sozio-
oekonomisches Panel
(SOEP)
am DIW Berlin

Transferleistungen
sind wirkungsvoller,
» wenn sie zielgerichtet «
und nicht breit
gestreut sind.

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Peter Haan
Alexander Eickelpasch

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,–
Einzelheft Euro 7,–
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.